

Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfeaufgaben im Landkreis Neuwied vom 22. November 2004

Der Kreistag hat aufgrund § 17 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz - LKO - vom 31.01.1994 (GVBl. Seite 188), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.10.2004 (GVBl. 2004, S. 457), § 96 Abs. 1 des Bundessozialhilfegesetzes - BSHG - in der Fassung vom 23.03.1994 (BGBl. I Seite 646), zuletzt geändert durch Gesetz v. 25. November 2003 (BGBl. I S. 2304), § 3 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII vom 15.12.2004 (GVBl. v. 31.12.2004) folgende Satzung beschlossen:

- § 1 Übertragung von Sozialhilfeaufgaben auf die Verbandsgemeinden und die Stadt Neuwied
- § 2 Weitere Aufgabenübertragungen auf die Stadt Neuwied
- § 3 Weisungsbefugnis des Landkreises Neuwied
- § 4 Kostenbeteiligung
- § 5 Inkrafttreten

§ 1 Übertragung von Sozialhilfeaufgaben auf die Verbandsgemeinden und die Stadt Neuwied

Der Landkreis Neuwied überträgt den Verbandsgemeinden sowie der großen kreisangehörigen Stadt Neuwied auf deren Antrag folgende Aufgaben zur Entscheidung im Namen des Landkreises Neuwied, die diesem als örtlichem Träger der Sozialhilfe obliegen:

1. Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Anstalten, Heimen und gleichartigen Einrichtungen gemäß Kapitel 3 SGB XII. Ausgenommen sind Leistungen der Haushaltshilfe bei Beziehern von Grundsicherungsleistungen gem. Kapitel 3 SGB XII, § 27 Absatz 3 SGB XII.
2. Finanzielle Eigenleistungen nach SGB V für krankenversicherte Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt,
3. Altenhilfe gemäß § 71 SGB XII mit Ausnahme von Anträgen auf Telefonhilfe,
4. Geltendmachung von Verpflichtungen anderer (§§ 93 ff SGB XII), soweit die Hilfestellung übertragen ist,
5. Geltendmachung von Erstattungsansprüchen und Ersatzansprüchen gegen Leistungsträger und Dritte gemäß §§ 102 ff. des Sozialgesetzbuches – Verwaltungsverfahren - (SGB X), 3. Kapitel, soweit die Hilfestellung übertragen ist.
6. Kostenerstattungsverfahren nach § 108 SGB XII, soweit die Hilfestellung übertragen ist,
7. Kostenerstattungsverfahren im Rahmen der Vereinbarung über die Kostenerstattung bei Hilfen an Frauen in Frauenhäusern, mit Ausnahme der Abrechnung der institutionellen Kosten.
8. Abwicklung der bis 31.12.04 delegierten Aufgaben, insbesondere Unterhalts- und Ersatzleistungen, Darlehensfälle, Überzahlungen.
9. Bestattungskosten gemäß § 74 SGB XII.

§ 2 Weitere Aufgabenübertragungen auf die Stadt Neuwied

Der großen kreisangehörigen Stadt Neuwied werden auf deren Antrag über die in § 1 genannten Aufgaben hinaus folgende Aufgaben des Landkreises Neuwied als örtlichem Träger der Sozialhilfe zur Entscheidung im Namen des Landkreises Neuwied übertragen:

1. Hilfe zur Pflege gemäß §§ 61 und 63 SGB XII einschließlich notwendiger Hausbesuche.

2. Hilfe zur Weiterführung des Haushalts gemäß § 70 SGB XII.

§ 3 Weisungsbefugnis des Landkreises Neuwied

Grundsätzlich gelten die Sozialhilferichtlinien Rheinland-Pfalz. Zur einheitlichen Wahrnehmung der Sozialhilfaufgaben kann der Landkreis Neuwied Richtlinien erlassen bzw. Weisungen erteilen. Die Weisungen beschränken sich in der Regel auf allgemeine Anordnungen, in besonderen Ausnahmefällen können Einzelanweisungen erteilt werden. Die Übernahme einer übertragenen Aufgabe im Einzelfall durch den örtlichen Träger (Rückübertragung) ist nur im Einvernehmen zwischen den Delegationsnehmern und dem Landkreis Neuwied möglich.

§ 4 Kostenbeteiligung

Der Landkreis leistet den Delegationsnehmern bei Bedarf Abschlagszahlungen in angemessener Höhe.

§ 5 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 1.1.2005 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Wahrnehmung von Sozialhilfaufgaben im Landkreis Neuwied vom 18. November 2002 außer Kraft.

Neuwied, den 31.12.2004

Kreisverwaltung Neuwied
gez.

Rainer Kaul
-Landrat-